

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Professor Dr. Eberhard Jäckel zum Historiker-Streit: Im Widerspruch zum Stand der Forschung.

Seite 1

Dr. Erhard Eppler zum Wiederhall auf das gemeinsame Papier von SPD und SED: Ärger mit allzu simplen Begriffen.

Seite 3

Michael Müller MdB zur Wirtschaftskrise und ihrer Wahrnehmung: Die Beschwichtigter sind leise geworden.

Seite 5

Professor Monika Gansforth MdB zum bundesdeutschen Verhältnis zu Australien: Den 5. Kontinent nicht links liegen lassen!

Seite 6

42. Jahrgang / 218

13. November 1987

Im Widerspruch zum Stand der Forschung

Einige Anmerkungen zum Historikerstreit

Von Prof. Dr. Eberhard Jäckel

Der sogenannte Historikerstreit war nur sehr teilweise ein Streit unter Historikern. In der Hauptsache war und ist er ein Streit unter Intellektuellen und Politikern über das wünschenswerte Verhältnis der Deutschen zur Hitlerzeit. In seiner gegenwärtigen Form begann er im Mai 1985, als in der Rede des Bundespräsidenten und in der Bitburger Geste des Bundeskanzlers zwei unterschiedliche Einstellungen zu diesem Verhältnis hervortraten, die man folgendermaßen umschreiben kann: Wir müssen diese Vergangenheit weiter vergegenwärtigen, oder wir können und sollen dieses Kapitel schließen. Es ging und geht mithin um die Frage, welchen Platz wir der Hitlerzeit in unserem öffentlichen Leben einräumen wollen.

Insofern handelt es sich um die Fortsetzung eines Streites, den die Bundesrepublik seit ihrer Begründung geführt hat. In den fünfziger Jahren ging es um die Frage, ob wir einen Schlußstrich unter die Hitlerzeit ziehen können und sollen. Seit dem Ende der sechziger Jahre galt überwiegend als sicher, daß wir das weder können noch sollen. Seit der Wende von 1982 aber wurde dies wieder bestritten.

Der Streit war seit jeher auch eine Anwendung der Totalitarismustheorie auf das öffentliche Leben. Sie besagt in Kürze, daß es im 20. Jahrhundert zwei totalitäre Bewegungen gab beziehungsweise gibt, den Kommunismus und den Faschismus, und daß der Faschismus eine Reaktion auf den Kommunismus war. Mit anderen Worten: Das ursprüngliche Übel war der Kommunismus, der Faschismus war nur eine allerdings entartete Abwehr des Kommunismus.

Die politische Funktion dieser Theorie war, daß die Nationalsozialisten in Deutschland insofern teilweise gerechtfertigt wurden. Das ermöglichte einerseits ihre Integration in das System der Bundesrepublik, entzog dem Neonazismus den Boden und war insofern heilsam. Es behinderte aber andererseits eine gründliche Auseinandersetzung mit der Hitlerzeit, indem es sie verdrängte, und war insofern unheilvoll. Nach der Integration der Exnazis setzte die gründliche Auseinandersetzung mit der Hitlerzeit zu Ende der sechziger Jahre gleichwohl ein.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstalter: Umwelt  
mit dem Namen: Rost & Co.  
Rost & Co. Paper



Die Wende von 1982 war auch eine Reaktion auf diese gründliche Auseinandersetzung. Sie wurde als eine Last empfunden, aus deren Schatten wir endlich heraustreten müßten, wie Franz-Josef Strauß sagte, weil sie uns, wie Alfred Dregger sagte, als Mißbrauch von Vergangenheitsbewältigung zukunftsunfähig machen könne, indem sie die Entwicklung eines normalen Patriotismus behindere. „Viel jüngste Geschichte und wenig aufrechter Gang“, so kennzeichnete Michael Stürmer unsere Lage, um zu sagen, daß wir nur dann aufrecht gehen könnten, wenn wir uns weniger mit der Hitlerzeit beschäftigten. Diese Forderungen kamen auch im Historikerstreit zum Ausdruck, als Ernst Nolte und Joachim Fest behaupteten, der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg sei nicht nur nicht einzigartig gewesen, sondern als Reaktion auf den Bolschewismus letztlich von diesem verursacht worden. Es diente der gleichen Tendenz, daß in diesem Zusammenhang auch der Eroberungskrieg gegen die Sowjetunion als Präventivkrieg hingestellt wurde.

Diese Thesen stehen nicht nur im Widerspruch zum Stand der historischen Forschung. Sie haben auch dem Ansehen unseres Landes im Ausland schweren Schaden zugefügt. Abgesehen davon läßt sich der innenpolitische Streit als Gegensatz der zwei folgenden Positionen beschreiben:

Die eine besagt, daß eine fortgesetzte intensive öffentliche Diskussion der Hitlerzeit uns belastet, lähmt und uns an der Wahrnehmung unserer berechtigten Interessen hindert, indem sie nicht zuletzt von unserer eigentlichen Bedrohung, dem Kommunismus, ablenkt. Diese Position äußert sich nicht nur in Versuchen, die Hitlerzeit zu relativieren, sondern auch im Widerstand gegen die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows erst bei den Mittelstreckenraketen und dann bei den Pershing 1 A. Ganz im Sinne der alten Totalitarismustheorie läuft diese Position in allen ihren Äußerungen darauf hinaus, den Kommunismus wieder als das eigentliche Übel unseres Jahrhunderts hinzustellen.

Die andere Position besagt, daß die Hitlerzeit uns zwar belastet, daß wir sie aber nicht verdrängen können und, vor allem, daß sie uns sogar einen Vorteil bieten kann, indem sie durch ständigen kritischen Vergleich mit dieser Vergangenheit unsere Aufmerksamkeit für die Werte der Demokratie, der Menschenrechte und des Friedens erhöht. Diese Vergangenheit berechtigt uns nicht nur, sie verpflichtet uns geradezu, für die genannten Werte mit besonderem Nachdruck einzutreten.

(-/13.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



**Ärger mit allzu simplen Begriffen****Zum Wiederhall auf das gemeinsame Papier von SPD und SED**

Von Dr. Erhard Eppler  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Das gemeinsame Papier, daß die Grundwerte-Kommission der SPD zusammen mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED am 27. August 1987 der Öffentlichkeit vorgestellt hat, sollte der Beginn einer systemöffnenden Diskussion sein, nicht deren Abschluß. Daß diese Diskussion in der DDR - und zwar innerhalb wie außerhalb der SED - leidenschaftlicher geführt werden würde als in der Bundesrepublik, stand zu erwarten.

Ebenfalls wenig überraschend war, daß die Dogmatiker in West und Ost protestieren würden. Und deren gibt es notwendigerweise da am meisten, wo eine Partei sich auf „wissenschaftlichen Sozialismus“ beruft, also den Anspruch erhebt zu wissen, wie es wirklich ist. Sozialwissenschaften, die ihre Ergebnisse nicht dauernd selbst anfechten, können auf Dogmen sitzenbleiben, zumal wenn sie im Programm einer herrschenden Partei festgeschrieben werden.

Nicht so einfach vorherzusehen war, daß sich der Widerstand gegen das gemeinsame Papier in Ost und West an denselben Stellen entzünden würde. Professor Reinhold hat nicht ganz unrecht, wenn er in seinem Interview im „Neuen Deutschland“ vom 11. November 1987 meint: „Leuten, die Tag für Tag die Gefahr aus dem Osten predigen, mißfällt, daß der Sowjetunion, den sozialistischen Staaten Friedensfähigkeit bescholnigt wird. Leuten, die ununterbrochen erklären, daß der Sozialismus ein sterres, dogmatische System ist, gefällt natürlich nicht, wenn festgestellt wird: Der Sozialismus ist entwicklungs- und reformfähig.“

Die Leute, von denen Reinhold spricht, gibt es. Aber weit unruhiger sind jene anderen in der DDR, für die Reinhold sein Interview gibt: Die kommunistischen Funktionäre, in deren Weltbild es nicht paßt, daß nun der Imperialismus friedensfähig und dazu noch reformfähig sein soll.

Daß hier ein beträchtlicher Interpretationsbedarf entstehen mußte, war für erfahrene Kommunisten wie Reinhold oder Reissig sicher nicht überraschend. Und wer auf unserer Seite damit gerechnet hat, wird solchen Bemühungen nicht gänzlich ohne Wohlwollen gegenüberstehen. Daher kann ich in 95 Prozent des Reinhold-Interviews nichts finden, was dem Papier zuwiderlaufe.

Daß der Marxist-Leninist an der Lehre vom Klassenkampf festhält, ist nicht aufregender, als wenn Margret Thatcher den freien Markt preist. Was Reinhold über den militärisch-industriellen Komplex sagt, kann man in westlichen Gezetten gepfeffert lesen. Dabei würde ich allerdings hinzufügen: Einen solchen Komplex gibt es in anderer Form auch im Osten. Über die Expansionsbestrebungen westlicher Multis habe ich schon heftigeres gelesen als bei Reinhold. Interessant ist hier nur, daß Reinhold das Expansionsstreben des „Imperialismus“ vorsichtig vom militärischen ins ökonomische verschiebt.

Daß es im Westen Erfahrungen gibt, die auf Expansionsstreben sowohl des Weltkommunismus als auch der Weltmacht Sowjetunion weisen, bei der Vollständigkeit halber hinzugefügt. Daher steht im gemeinsamen Papier nicht, beide Systeme hielten sich gegenseitig für friedfertig. Das wäre die schlichte Unwahrheit gewesen und zwar für beide Seiten. Es steht da: „Beide Seiten müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten... beide Konzepte (Koexistenz und gemeinsame Sicherheit) wären theoretisch sinnlos und auf die Dauer auch nicht praktikabel, wenn sie die Annahme der prinzipiellen Unfriedlichkeit der anderen Seite aufgrund von deren Ideologien oder Interessen Strukturen einschlossen. Beide Seite müssen daher für eine erfolgreiche Friedenspolitik beim jeweils anderen, ein authentisches Interesse an der Erhaltung des Friedens in der atomar gerüsteten Welt voraussetzen - der Erfahrung friedensgefährdender Konflikte zum Trotz.“



Hier gibt es nichts zu deuteln. Unsere Erfahrungen sprechen nicht für die prinzipielle Friedlichkeit, sondern für die permanente Konfliktbereitschaft beider Seiten. Dagegen hilft nur eine Friedenspolitik der gemeinsamen Sicherheit. Die aber ist sinnlos und unverantwortlich, wenn dem andern nicht prinzipiell die Fähigkeit zu einer solchen Politik zugesprochen wird.

Der SED kommt hier ihr eigener Sprachgebrauch in die Quere. Es ist eben allzu simpel, die vielfältigen Kräfte der westlichen Gesellschaft und Wirtschaft unter dem Namen „Kapitalismus“ oder gar „Imperialismus“ zusammenzufassen. Tut man dies, so entsteht schon sprachlich das Problem: Kann der Imperialismus jemals anders sein als imperialistisch, also kriegerisch?

Professor Reinhold weiß sehr wohl, wie differenziert das Kräftespiel im Westen ist. Er stellt fest, daß sich sogar „im Lager der herrschenden imperialistischen Kreise ein bedeutender Differenzierungsprozeß vollzieht“. Also nicht einmal die Imperialismus im engeren Sinne sind einfach nur Imperialisten, ganz zu schweigen von den Gruppen, Kräften und Institutionen, die im Westen die Macht dieser Kreise beschränken.

Nur auf dem Hintergrund dieser allzu simplen Terminologie wird die Streitfrage verständlich, ob der Imperialismus nun friedensfähig sei oder, wie Kurt Hager meint, erst friedensfähig gemacht werden sollte. Wer in aller Welt soll den Imperialismus friedensfähig machen? Die SED? Da würde sie nicht nur ihre Kragenweite überschätzen, sondern auch jede Einwirkungsmöglichkeit von außen. So unrealistisch ist Reinhold nicht. Im Grunde meint er, daß die innere Komplexität, der Bewußtseinswandel quer durch die Gesellschaft die westlichen Staaten friedensfähig mache, und dies trotz allem, was Lenin über Expansivität des Monopolkapitals zu Papier gebracht hat.

Das gemeinsame Papier sagt eben nicht, daß jede Seite die andere friedensfähig machen müsse. Entweder sie haben die Fähigkeit zum Frieden oder sie haben sie nicht. Aber beide Seiten sollten die Kräfte des Friedens auf der anderen Seite ermutigen, durch praktische Friedenspolitik die Friedensfähigkeit der anderen Seite ansprechen und aktivieren.

Natürlich hat Reinhold Recht, daß auch im Westen manche an ihren Feindbildern hängen. Aber während Hager dies einfach als Rechtfertigung dafür nimmt, am eigenen Feindbild die Konturen nachzuziehen, möchte Reinhold an die Stelle der Feindbilder auf beiden Seiten die saubere Analyse setzen. Das ist im Sinne des gemeinsamen Papiers.

Im fünften Kapitel des gemeinsamen Papiers ist nicht von Eintracht und allgemeiner Harmonie die Rede, sondern von einer Kultur des Streits. Sie muß sich auch bei der Interpretation des Papiers selbst bewähren. Und wenn dabei eine Diskussion darüber in Gang käme, wie der Imperialismus-Begriff der Kommunisten handhabbar im Sinne neuen Denkens werden könnte, könnte dies dem Frieden nur dienen.

(-/13.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \* \*

**Die Beschwichtiger sind leise geworden**

**Aber immer noch werden die Gefahren der Wirtschaftsentwicklung unterschätzt**

**Von Michael Müller MdB**

Sie sind deutlich kleinlauter geworden, die großen Beschwichtiger, nachdem die Talfahrt des Dollar-kurses anhält und die Turbulenzen an den Wertpapierbörsen nicht enden wollen. War für Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg noch vor kurzer Zeit kein Anlaß zur Besorgnis, so sind die Risiken der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr zu verbergen.

Die Lage auf dem Weltmarkt ist unsicher, und der Druck, der auf dem Dollar lastet, läßt eine notwendige Stabilisierung des Wechselkurses zwischen Dollar und D-Mark sehr fraglich erscheinen. Die restriktive Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung verschlechtert die Situation insofern weiter, weil sie nicht zur möglichen und notwendigen Stärkung der Binnennachfrage führt, die - unbestritten - wichtigste Stütze der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung. Zugleich wird durch die vorgesehene Steuerreform die Finanzkraft der Länder und Kommunen weiter geschwächt, so bleiben dringende Impulse für mehr Beschäftigung und zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur aus.

Manche Kommentatoren wollen der Öffentlichkeit weismachen, daß die Konjunktur ganz wesentlich vom „positiven Wirtschaftsklima“ abhängt. Wenn dies so einfach wäre, müßte eigentlich alles im Lot sein: Noch im September-Monatsbericht verkündet die Bundesbank, daß die Wirtschaft auf den Wachstumskurs zurückgekehrt und die konjunkturelle Entwicklung weiter „aufwärts“ gerichtet sei. Natürlich machte auch die Bundesregierung in Optimismus: Die „Wachstumsdelle“ der Wintermonate sei überwunden.

Man muß wahrlich nicht Cassandra heißen, um die Wachstumsentwicklung anders, das heißt kritisch zu sehen. Die Indikatoren von Nachfrage, Produktion und Arbeitsmarkt lassen nur den Schluß zu, daß mit der kurzfristigen Belebung im Sommer 1987 keine dauerhafte Verstärkung der wirtschaftlichen Entwicklung eingeleitet wurde. Das Niveau der Industrieproduktion ist gesunken, die Bauproduktion geht wieder in den Keller.

Das Rekord-Haushaltsdefizit der USA und die Dollarentwicklung stehen in einem widersprüchlichen Zusammenhang bei den außerwirtschaftlichen Gefahren im Vordergrund. Einerseits wird versucht, das Haushaltsdefizit - im laufenden Jahr wieder mit einer Lücke bis zu 165 Milliarden Dollar gerechnet - durch eine restriktive Geldpolitik zu begrenzen; andererseits geht davon wiederum eine Gefahr für die konjunkturelle Entwicklung in den USA aus. Somit gerät der Dollar von zwei Seiten unter Druck.

Der Anstieg der Zinsen erscheint unvermeidlich. Ein weiterer Dollarrückgang erschwert die Finanzierung des Haushaltsdefizits noch weiter - mit der Folge eines Zinsanstiegs. Dies aber gibt der Finanzspekulation neue Nahrung; die Vorseibständigkeit der Geld- und Finanzmärkte von der tatsächlichen Reichstumsproduktion wird größer.

Wer in einer solchen Situation an einer Angebotspolitik und Deregulierung festhält, verstärkt eine negative Spirale. Es ist Zeit, anders zu handeln, aktives staatliches Gestalten ist notwendig. Ob jedoch der ebenso überschätzte wie angeschlagene Finanzminister Dr. Stoltenberg und der nach wie vor fachlich unbeleckte Wirtschaftsminister Bangemann das Ruder umwerfen können, erscheint unwahrscheinlich.

(-/13.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



**Den 5. Kontinent nicht links liegen lassen!**

**Eindrücke von einer Delegationsreise nach Australien**

**Von Prof. Monika Ganseforth MdB  
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Forschung und Technologie**

„Australien ist so weit weg. Man kann es ruhig links liegen lassen“. Diese fragwürdige Auffassung höre ich oft. Und dann kommt noch ein Hinweis auf die Bedeutung von Japan und China. Für ein exportorientiertes Land wie die Bundesrepublik ist diese arrogante Auffassung unverantwortlich.

Von unseren australischen und deutschen Gesprächspartnern in Australien wurde allerdings häufig eine solche Haltung der deutschen Wirtschaft beklagt. Entsprechend positiv wurden die mehr als 20 Besuche und Gespräche der Delegation des Bundestags-Ausschusses für Forschung und Technologie bei staatlichen Stellen, bei Forschungseinrichtungen, Firmen, Handelsorganisationen und Abgeordneten bewertet.

Wir konnten uns einen guten Eindruck über den Stand der australischen Forschung und Entwicklung auf Gebieten wie Meeresforschung, Robotik, Medizintechnik, Computertechnik, Werkstofftechnik und erneuerbare Energie verschaffen.

Bei Besuchen in Sidney, Canberra, Townsville und Melbourne konnten wir feststellen, daß es Gebiete gibt, bei denen Australien weltweit zur Spitzengruppe gehört. Etwa in der Medizintechnik: Hier gibt es übrigens Kontakte zur MHH in Hannover. Die Entwicklung medizinischer Geräte wie Herzschrittmacher oder Hörgeräte ist weit fortgeschritten.

Auf dem Gebiet der Gentechnik (zum Beispiel Bekämpfung von Diabetes oder Malaria) ist der Stand der Forschung auf hohem Niveau. Das bestätigten uns auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Bundesrepublik, die Stipendien in Australien haben.

Auch in Bezug auf Robotik und Automation befindet sich Australien ganz vorn, wie wir feststellen konnten. Die Firma Wabco Westinghouse in Hannover hat mit der Firma Machine Dynamics in Melbourne Kontakte.

Gespräche mit Vertretern des Bereichs Automation von Wabco Westinghouse in Hannover bestätigen diesen Eindruck. Als Kuriosität am Rande sei erwähnt, daß in Australien die Entwicklung eines Roboters zum Scheren der Schafe fest abgeschlossen ist. Andererseits sollen durch Methoden der Biotechnik Schafe gezüchtet werden, die ihre Wolle abwerfen.

Das erhärtet den Eindruck, den wir aus Australien mitbringen: Auf vielen Sektoren zeichnet sich die australische Forschung durch Originalität und hohes Niveau aus. Allerdings wird nicht, wie in der Bundesrepublik, ein großer Teil der Forschung von der Wirtschaft betrieben, sondern es gibt fast ausnahmslos staatliche Forschung.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik, aber ganz besonders im norddeutschen Raum, sollte die Zusammenarbeit mit einem Land, das nicht so im Brennpunkt des Interesses liegt, ins Auge fassen. Durch die neuen Kommunikationsmedien verlieren die Entfernungen an Bedeutung.

Und immerhin ist Australien so etwas wie das Tor zum südpazifischen Raum. (-/13.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*

